

Fünf Argumente gegen die Freihandelsabkommen TTIP und CETA

Bis Anfang November haben über eine 800.000 Menschen in Europa innerhalb nur sechs Wochen eine Bürgerinitiative gegen TTIP und CETA unterschrieben. Warum? Aus meiner Sicht gibt es fünf Hauptgründe, diese Abkommen abzulehnen.

(Hinweis: Quellen sind, wo sinnvoll oder vielleicht interessant, am Ende des Dokuments angegeben).

1. TTIP: Die Zielsetzungen des Abkommens sind falsch.

In dem geheimen, aber doch an die Öffentlichkeit durchgesickerten Verhandlungsmandat für das TTIP-Abkommen¹ wird sichtbar, dass dem Abkommen rein wirtschaftlichen Zielsetzungen zugrunde liegen. Diese wirtschaftlichen Zielsetzungen gehen dabei von den Prämissen aus, dass Wirtschaftswachstum *per se* gut ist, und dass Handelsliberalisierung und Investorenanreiz die besten Methoden sind, um dieses Wirtschaftswachstum zu fördern und auszubauen.

Als Hauptziel wird im Verhandlungsmandat die Forcierung der Handelsliberalisierung formuliert: „(Die Ziele des Abkommens sind) Handel und Investitionen zwischen den Vertragspartnern auszuweiten... (und) ...durch *einen besseren Marktzugang* und *eine größere regulatorische Kompatibilität* neue wirtschaftliche Möglichkeiten für die Schaffung von Arbeitsplätzen und Wachstum (zu) eröffnen...“.

Gegenstand von TTIP ist nicht nur der Handel mit Waren sondern auch mit Dienstleistungen. Hier steht als weiteres Ziel, dass durch TTIP „Dienstleistungen ... auf dem höchsten Liberalisierungsniveau ... zu binden (sind)“, *das in allen bisherigen Freihandelsabkommen* der Vertragspartner vorkam. Hinzu kommt, dass der Vertrag Klauseln enthält, nach denen einmal vorgenommene Liberalisierungen (Privatisierung, Deregulierung) nicht mehr rückgängig gemacht werden dürfen. Diese Klauseln haben weitreichende Konsequenzen, z.B. für die öffentliche Daseinsvorsorge in Deutschland.

Ökologische oder soziale Zielsetzungen dagegen spielen bei TTIP keine Rolle. Sie sind zwar im Verhandlungsmandat als Lippenbekenntnisse formuliert, werden aber nicht näher ausgeführt – oder sie werden gar als „Handels- und Investitionshemmnisse“ angegriffen.

Ist es das, was wir wollen?

2. Europäische Standards im Verbraucher -, Gesundheits-, - und Arbeitnehmerschutz können durch das Abkommen ausgehöhlt werden.

Die Angst, dass europäische Schutzstandards durch das TTIP-Abkommen schleichend ausgehöhlt werden, ist einer der Hauptgründe, warum das Abkommen in Europa auf breiter Ablehnung stößt. Warum diese Angst? Zwei Beispiele:

1. Schutzvorschriften:

In der EU gilt das Vorsorgeprinzip². Dieses besagt, dass Produkte in den Bereichen Umwelt und Gesundheit erst auf den Markt kommen dürfen, wenn ihre Unschädlichkeit nachgewiesen ist. In den USA dagegen dürfen solche Produkte nach minimalen Tests auf den Markt; erst wenn ihre Schädlichkeit im Nachhinein durch Gutachten oder Behörden erwiesen ist, werden sie vom Markt genommen.

TTIP sieht vor, dass abweichende Vorschriften der Vertragspartner (da sie ja „Handelshemmnisse“ darstellen), aneinander angenähert werden, und dass künftige, den Handel betreffende Gesetzgebungen miteinander abgestimmt werden³.

Alles klar?

Fünf Argumente gegen die Freihandelsabkommen TTIP und CETA

2. Genveränderte Lebensmittel:

In den USA wurden 2011 95% des Rübenzuckers, 94% der Sojabohnen und 88% des Futtermais genverändert erzeugt. Zudem wird geschätzt, dass 70% der verarbeiteten Lebensmittel in amerikanischen Supermärkten genveränderte Komponenten enthalten, ohne Kennzeichnungspflicht.

In TTIP werden Restriktionen auf die Zulassung dieser Produkte sowie die Kennzeichnungspflicht als „Handelshemmnis“ angesehen und stehen bei den Verhandlungen unter massiver Attacke der US-Lebensmittelindustrie. Dies gilt insbesondere für die US-Fleischindustrie, die stark nach Europa drängt, da der Fleischkonsum in den USA rückläufig ist.⁴

3. Ein Angriff auf demokratische Institutionen und Mechanismen

Hier sind zwei Aspekte zu nennen:

1) Schiedsgerichte:

Bei den in TTIP vorgesehenen Schiedsgerichten wird die europäische Gerichtsbarkeit außer Kraft gesetzt. Unternehmen erhalten das Recht, Schadensersatz vor privaten Schiedsgerichten einzuklagen, wenn sie meinen, ihre Gewinnerwartungen würden durch Gesetze oder Maßnahmen aus einem Vertragsland geschmälert. Darunter können z. B. auch Gesetze fallen, die zum Verbraucher- oder Umweltschutz erlassen wurden oder sonstige öffentliche Interessen sichern sollen. Die Schiedsgerichte, besetzt durch Anwälte, die von Handelskammern ernannt werden, tagen geheim, eine Berufung gegen ihre Urteile ist nicht möglich, die Gerichtskosten tragen die Steuerzahler.

So viel ist schon über diese skandalöse Einrichtung in der Öffentlichkeit geschrieben worden, dass ich an dieser Stelle nicht weiter darauf eingehe (ausführlichere Informationsquellen dazu sind am Ende des Dokuments angegeben.⁵).

Hier nur noch folgendes Zitat vom Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz vom Oktober 2014: „Es sind die Investitionsschutzabkommen selbst, die die demokratische Entscheidungsfindung am gravierendsten bedrohen“.

2) „Regulatorische Kooperation“:

Mit der sogenannten „regulatorischen Kooperation“, wird die Demokratie völlig unterlaufen. Hier ein direktes Zitat aus der Website von „Mehr Demokratie e.V.“

„In dem geheimen Verhandlungsmandat wird von einer „schrittweisen Verwirklichung der Kompatibilität der Regulierungssysteme“ gesprochen. Was hinter dieser vagen Formulierung steckt, beschreiben die Lobbyverbände US Chamber of Commerce und BusinessEurope folgendermaßen: „Interessengruppen würden mit Regulierern zusammen an einem Tisch sitzen, um gemeinsam Gesetze zu schreiben.“

Damit besteht die Gefahr, dass demokratisch nicht legitimierte Interessenverbände frühzeitig und systematisch in den Gesetzgebungsprozess einbezogen werden und ihn somit mitbestimmen oder zumindest beeinflussen können. Sie könnten Gesetze in ihrem Sinne voranbringen oder verhindern.⁶

Ende Zitat, Beginn des Endes der Demokratie.

Fünf Argumente gegen die Freihandelsabkommen TTIP und CETA

4. Negative Auswirkungen auf die Kommunen und die öffentliche Daseinsvorsorge ⁷

TTIP hat weitreichende Konsequenzen nicht nur auf nationaler, sondern auch auf regionaler und kommunaler Ebene. Beispiele:

- 1) Kommunale Entscheidungen können vor internationalen Schiedsgerichten landen
Erlässt eine Kommune oder ein Bundesland ein Gesetz, das die Gewinnerwartungen eines Investors vermeintlich schmälern könnte, kann das Ergebnis schnell vor einem Schiedsgericht landen, und mit einer hohen Schadensersatzforderung enden.

Das ist kein theoretischer Fall: 2009 verklagte Vattenfall (Schweden) Hamburg wegen Auflagen für ein Kohlekraftwerk (Moorberg) auf € 1,4 Milliarden (!) Schadensersatz vor einem Schiedsgericht. Die Klage erfolgte aufgrund des „Energiecharta“-Vertrages, dem Deutschland beigetreten war. Hamburg wollte mit den Auflagen die Wasserqualität der Elbe sicherstellen. Der Fall wurde zwar mit einem Vergleich beendet, jedoch wurden dabei die Auflagen für das Kraftwerk aufgeweicht – ein Sieg also für Vattenfall.

Das Beispiel verdeutlicht zweierlei: erstens birgt TTIP finanziell hohe Risiken für die regionalen Ebenen. Und zweitens könnte allein dieses Risiko dazu führen, dass notwendige Maßnahmen zum Schutz der Bürger erst gar nicht ergriffen werden, da die Kommunen das Risiko scheuen, verklagt zu werden. Das ist ein Unding!

Mit TTIP könnte die Zahl solcher Investor-Staat-Klagen stark zunehmen, da allein die Hälfte aller US-Auslandsinvestitionen in Deutschland liegt. Viele US-Investoren sind bereits z.B. auf dem Wohnungsmarkt, bei Einkaufszentren, und bei Gesundheitskliniken aktiv.

- 2) Investorenschutz sticht kommunales Planungsrecht

Bis jetzt besitzen Kommune Hoheitsrechte wie Planungs-, Satzungs-, Finanz-, und Organisationshoheit. Die geplanten TTIP-Kapitel zu Investitionen und Dienstleistungen enthalten Bestimmungen, die dieses Recht aushebeln könnten.

Demnach wäre es nicht mehr risikolos möglich, örtliche, ökologische oder soziale Gesichtspunkte bei Auftragsvergaben der Kommunen zu berücksichtigen. Maßnahmen etwa zur Beschränkung von Gewerbeansiedlungen, zum Schutz vor Verdrängungswettbewerb, oder aber zum Erhalt der Sparkassen, auch die von der Bundesregierung geplante Mietpreisbremse – alle diese Maßnahmen könnten als TTIP-Verstöße geahndet werden, da sie die Chancen oder Erwartungen von Investoren einschränken.

Und das Ergebnis solcher TTIP-Verstöße? Ein Wiedersehen beim Schiedsgericht! ⁸

- 3) Die öffentliche Daseinsvorsorge gerät unter Liberalisierungsdruck

Die öffentliche Daseinsvorsorge ist in Deutschland ein wesentlicher Faktor unserer Lebensqualität. Sie stellt Existenzielles für alle ausreichend und zu bezahlbaren Preisen bereit. Durch die bekannt gewordenen Vertragsregelungen könnten US-Unternehmen konkurrierende öffentliche Dienstleistungen oder städtische Auflagen als Verstoß gegen TTIP-Standards angreifen. Beispiele: Amerikanische IT-Anbieter wären in der Lage, gegen EDV-Kurse der Volkshochschulen vorzugehen. Oder: Bei der Abwasserbeseitigung,

Fünf Argumente gegen die Freihandelsabkommen TTIP und CETA

normalerweise eine zentrale kommunale Versorgungsaufgabe, könnten konkurrierende Unternehmen sich auf TTIP berufen, um gegen lästige Wartungsaufgaben vorzugehen, die deutsche Städte ihren Betrieben machen.

Und noch verschärfter: Auch eine Rekommunalisierung, etwa einmal privatisierter Stadtwerke, wäre ein TTIP-Vertragsverstoß.

4) Kommunale Beihilfen in Gefahr

Zu den Subventionsregelungen in TTIP ist noch nichts Genaues bekannt, wohl aber zu den entsprechenden Regelungen in CETA, das als Blaupause für TTIP gilt.

Demnach könnten private Wettbewerber z.B. kommunale Ausgleichszahlungen, wie sie die Träger der freien Wohlfahrtspflege, Krankenhäuser oder gemeinnützige Wohnungsgesellschaften erhalten, als Wettbewerbsnachteil darstellen und unter den TTIP-Regeln dagegen vorgehen.

Ein anschauliches Beispiel dazu:

In einem Musterprozess verklagte schon letztes Jahr der Bundesverband Deutscher Privatkliniken (BDPK) den Landkreis Calw wegen dessen Ausgleichszahlungen für die Kreiskliniken. Grund: der BDPK wertete diese als Verstoß gegen das EU-Beihilferecht. Zwar wies das Landgericht Tübingen die Klage in erster Instanz ab, jedoch geht der BDPK in Revision – womöglich durch alle Instanzen. Potent genug dazu ist der BDPK –im Hintergrund steckt u.a. BlackRock, der weltgrößte Vermögensverwalter, über Fresenius an den HELIOS-Kliniken beteiligt. Also, Q.E.D. – Und das, bevor es TTIP gibt.

Abschließender Hinweis zu den kommunalen Auswirkungen:

In den deutschen Kommunen regt sich mächtig Widerstand gegen TTIP. Alle kommunalen Spitzenverbände in Deutschland haben TTIP-kritische Positionspapiere veröffentlicht, knapp 40 Kommunen in Deutschland (unter anderem Osnabrück, Oldenburg, Magdeburg, Regensburg) haben sich schon mit TTIP befasst und ablehnende Resolutionen zu TTIP verabschiedet.⁹

5. Die erwarteten Effekte des TTIP für Wachstum und Beschäftigung sind vernachlässigbar

Ein Hauptargument der TTIP-Befürworter, TTIP würde beträchtliche Wachstums- und Beschäftigungschancen eröffnen, wird durch ihre eigenen Studien widerlegt.¹⁰

Die drei Hauptstudien zu TTIP, alle im Auftrag der Pro-Seite erstellt, **prognostizieren übereinstimmend ein Wirtschaftswachstum durch TTIP von maximal 0,1% pro Jahr und ein Beschäftigungszuwachs von maximal 0,05% pro Jahr.** Weitere Kommentare erübrigen sich.

Fünf Argumente gegen die Freihandelsabkommen TTIP und CETA

Zum Schluss mein persönliches Fazit:

Jede und jeder kann sich zu den anstehenden Freihandelsabkommen informieren und ein eigenes Bild machen. Die Auswirkungen für uns alle sind, wie ich hoffentlich gezeigt habe, weitreichend. Die Handelsabkommen werden die Richtung, in die nicht nur die Wirtschaft, sondern auch unsere Gesellschaft sich über die nächsten 20 und mehr Jahre entwickelt, stark mit bestimmen.

Hinter TTIP und CETA steht der vorherrschende politische Diskurs der letzten dreißig Jahre, nämlich dass Wachstum, Wettbewerb, Privatisierungen und möglichst wenig Regulierung die Allheilmittel sind, die das goldene Zeitalter für alle bringen. Dieses Denkschema, gemeinhin unter dem Namen Neoliberalismus bekannt, beherrscht immer noch die Köpfe der politischen und wirtschaftlichen Elite in großen Teilen der westlichen Welt.

Meiner Meinung nach hat dieser Diskurs eher für den Gegenteil eines „goldenen Zeitalters“ gesorgt: die Deregulierung der Finanzbranche z.B. gilt als eine Hauptursache der Finanzkrise 2008, und vom Wirtschaftswachstum der letzten Jahrzehnte profitieren immer weniger Menschen – die Ungleichheit hat in diesem Zeitraum überall stark zugenommen, die Tendenz ist noch steigend.¹¹

Es kann nicht nur darum gehen, dass die Wirtschaft immer mehr wächst und dass wir immer mehr Handel betreiben. Es muss vielmehr darum gehen, die qualitativen Bedingungen festzulegen, unter denen wir Wirtschaft betreiben wollen, damit diese den Menschen dient und unseren Planeten dabei möglichst schont.

Und zum Schluss eine Frage, die häufig gestellt wird: „Warum jetzt schon dagegen sein? Es ist doch noch nicht so weit – warte doch erst mal ab, was herauskommt.“ Darauf zwei Antworten: Wenn es so weit ist, wird der Druck auf die Entscheider in Richtung „ja“ sehr groß sein. Vor allem aber geht es darum, jetzt zu zeigen, dass wir dieses Verbiegen der Welt im Hinterzimmer und zugunsten Weniger nicht mit uns machen lassen!

Attac hat einen Slogan „*Eine bessere Welt ist möglich.*“ Das hoffen wir alle. Hier können wir alle wenigstens einen Beitrag dazu leisten, dass eine schlechtere Welt verhindert wird.

Deswegen: Nein zu TTIP! Unterschreibe bitte bei „STOP TTIP“!
<https://stop-ttip.org/de/unterschreiben/>

Jetzt genug gepredigt, ich danke dir fürs Durchhalten!
Herzliche Grüße

Mark

Fünf Argumente gegen die Freihandelsabkommen TTIP und CETA

Quellen:

¹ www.ttip-leak.eu

² <http://de.wikipedia.org/wiki/Vorsorgeprinzip>

³ Abweichende Schutzvorschriften EU/USA:

Siehe dazu u.a. Die Broschüre „Das Freihandelsabkommen mit den USA in der Kritik“, herausgegeben von EU-Abgeordnete Ska Keller, darin den Artikel „Tausche Vorsorge gegen Exportwachstum“ von BUND-Sprecherin Marianne Henkel. Abrufbar über:

http://www.greens-efa.eu/fileadmin/dam/Deutsche_Delegation/Broschueren/13_12_TTIP_Broschuere_Keller.pdf

⁴ Genveränderte Lebensmittel:

<http://www.usatoday.com/story/news/nation/2012/10/28/gmo-questions/1658225/>

http://www.huffingtonpost.com/margie-kelly/genetically-modified-food_b_2039455.html

Zusätzlich: Ska-Keller-Broschüre, ibid., darin der Artikel „Bäuerinnen und Bürgerinnen müssen gegenhalten - Agrarindustrie will Handelspolitik für sich entscheiden“

⁵ Schiedsgerichte:

<http://www.mehr-demokratie.de/ttip-faq.html>, darunter: „Was ist unter einem Investor-Staat-Klageverfahren zu verstehen?“

<https://stop-ttip.org/de/wo-liegt-das-problem/>, Erster Absatz

Das Papier „TTIP vor Ort“ von Thomas Fritz, erstellt im Auftrag von Campact, befasst sich allgemein mit den Auswirkungen des TTIP auf die öffentliche Daseinsvorsorge.

Kapitel 2 des Dokuments („Schiedstribunale: Kommunale Entscheidungen vor internationalen Gerichten“) beschreibt sehr gut und anschaulich viele negative Konsequenzen der Schiedsgerichte.

➔ Siehe: <http://www.campact.de>, dort „Studie: TTIP nimmt Kommunen und Länder in Würgegriff“.

Joseph Stiglitz zu den Schiedsgerichten:

<http://blog.campact.de/2014/10/wirtschafts-nobelpreistraeger-haut-ttip-in-die-tonne/>

⁶ Regulatorische Kooperation: siehe u.a.:

<http://www.mehr-demokratie.de/ttip-faq.html>, Darunter: „Was bedeutet regulatorische Kooperation?“

<http://www.ttip-leak.eu/de/ii-regulierungsfragen-und-nichttarifaere-handelshemmnisse/regulatorische-kohaerenz.html>

⁷ Meine Aussagen zu den Auswirkungen des TTIP auf die öffentliche Daseinsvorsorge stützen sich überwiegend auf das exzellente Papier „TTIP vor Ort“ von Thomas Fritz, 20 Seiten, erstellt im Auftrag von Campact, das zur Vertiefung stark empfohlen wird.

<http://www.campact.de>, dort „Studie: TTIP nimmt Kommunen und Länder in Würgegriff“.

⁸ Thomas Fritz wie oben, darin Kapitel 3 „Investitionen und Dienstleistungen: Schutz privater Gewinninteressen“

⁹ Kommunalen Widerstand gegen TTIP:

http://www.staedtetag.de/imperia/md/content/dst/internet/fachinformationen/2013/pp_ttip_20141001.pdf

<http://www.staedtetag.de/fachinformationen/wirtschaft/068853/>

<http://www.bay-staedtetag.de/index.php?id=9511,133>

Fünf Argumente gegen die Freihandelsabkommen TTIP und CETA

¹⁰ Erwartete Wachstums- und Beschäftigungseffekte sind vernachlässigbar:
Siehe Papier von Sabine Stephan, herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung:
<http://www.stop-ttip.org/de/BLOG/> > Beitrag vom 14. Oktober 2014 „TTIP – Das Märchen vom Wachstums- und Beschäftigungsmotor“

¹¹ Ursachen der Finanzkrise / Ungleichheit:
<http://www.handelsblatt.com/politik/oekonomie/nachrichten/folgen-der-deregulierung-die-selbst-gemachte-krise/3765676.html>
<http://www.imf.org/external/np/res/seminars/2010/paris/pdf/giannone.pdf>
<http://www.theguardian.com/business/2014/oct/29/explosion-wealth-inequality-needs-urgent-plan-action-oxfam>
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bundesregierung-legt-umstrittenen-armutsbericht-vor-a-887221.html>
<http://www.ipu.org/splz-e/unga14/oxfam.pdf>
<http://www.thewealthreport.net/wealth-distribution/default.aspx>